

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Gießener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ viermal wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Gießen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitfragen“ erscheinen monatlich zweimal.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Rotationsdruck und Verlag der Brüderlichen
Universitäts- und Steindruckerei.
R. Lange, Gießen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Schul-
straße 7. Expedition und Verlag: 551.
Redaktion: 5512. Tel.-Nr.: AnzeigerGießen.

Mb. Deutscher Reichstag.

259. Sitzung. Sonnabend, 16. Mai 1914.

Am Vundesratssitz: Dr. Delbrück.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung 10 1/2 Uhr.

Etat des Reichstages.

Es liegen drei Entschließungen vor, eine des Abg. Wasser-
mann (Ratl.), die Regierung möge einen Gesetzentwurf vor-
legen, durch den den Abgeordneten freie Fahrt während
der Dauer der Legislaturperiode gewährt wird,
eine zweite des Abg. Wasser- (Ratl.) fordert die Ein-
setzung einer besonderen Kommission für Handel und
Gewerbe, eine Entschließung Behrens (Wirtsch. Ver.) eine
besondere Kommission für soziale und Arbeiterange-
legenheiten.

Abg. Ledebour (Soz.):

Wir müssen bei dieser Gelegenheit die Geschäftsfähig-
keit und die geschäftlichen Dispositionen des
Reichstages besprechen. Von Jahr zu Jahr haben wir mit
wachsenden Schwierigkeiten zu kämpfen. Dabei muß es unser aller
Bestreben sein, das Ansehen des Reichstages aufrecht zu erhalten.
Das Diätengesetz hat in gewissem Maße den Zweck erreicht, den
Mitgliedern einen regelmäßigen Besuch der Sitzungen zu erleich-
tern. Aber auf der anderen Seite hat es die Bewegungskraft
des Reichstages eingeschränkt. Seine Bestimmungen haben zur
Folge, daß der Reichstag immer erst im November einberufen
wird und Mitte Mai in die Ferien geht. Seine Arbeitslast
wächst von Jahr zu Jahr, aber die Möglichkeit, über die Zeit des
Hauses entsprechend zu disponieren, wird durch das Diätengesetz
verhindert. Die Sitzung sollte nicht länger als 5 Stunden dauern.
Jetzt denkt man daran, die dritte Etatslesung in einer ein-
tägigen Dauersitzung zu erledigen. Das widerspricht
dem Sinne und der Bedeutung dieser Sitzung. Es sollte un-
verbrüchliches Gesetz sein, daß nach sechs Uhr abends keine Sitzung
mehr gehalten wird. Die Abgeordneten werden überbürdet und
abgelenkt und nach mehr die Berichtstätter der Presse. Es
freut mich, zu hören, daß die Presse selbst Stellung gegen diese
Kalamität genommen hat. Es ist ein unwürdiger Zustand, daß
die Regierung in der Lage ist, dem Reichstage durch eine einseitige
Verzögerung materielle Vorteile in Aussicht zu stellen. In ihrem
eigenen Interesse, um diesen Anschein nicht zu erwecken, als ob
sie einen solchen Druck ausüben wollte, müßte sie unbeschränkte
freie Eisenbahnfahrt gewähren.

Abg. Dr. Thoma (Ratl.):

Die Tätigkeit unseres stenographischen Bureaus wird oft mit
einer Selbstverständlichkeit hingenommen, die nicht berechtigt ist.
Ich muß das als Hochmann, als ausübender Stenograph fest-
stellen. Die Stenographen sind Angestellte des Reichstages, nicht
des jeweiligen Präsidenten. Ihre Dienstverhältnisse müssen daher
dementsprechend geregelt werden nach dem Muster von Staaten
mit älterer stenographischer Vergangenheit wie Bayern, Sachsen
und Österreich.

Präsident Dr. Kaempf:

Wir sind weder Beschwerden über noch von den
Stenographen zugegangen. Selbstverständlich werde ich den
vorgebrachten Wünschen die größte Aufmerksamkeit zuwenden
und erneut die Verhältnisse des stenographischen Bureaus prüfen.
Dabei werde ich mich auch aus dem Munde der Sachverständigen im
Hause bedienen. Es wird sich vielleicht dabei herausstellen, daß
zwischen den Verhältnissen in Sachsen und Bayern und denen
im Reichstag doch ein erheblicher Unterschied ist. Ich werde mich
eifrig bemühen, allen berechtigten Wünschen nachzukommen.
(Beifall.)

Abg. Dr. List (Ratl.):

Die Budgetkommission sollte früher als bisher mit der Be-
ratung des Etats beginnen können. Auch möge die Regierung
bessere Dispositionen treffen, damit wir nicht wieder, wie in
diesem Jahre, mit zahlreichen Gesetzentwürfen überhäuft werden
(lebh. Zustimmung). Eine Audienz zum Ständigen Arbeitstag
— 5 Stunden Plenum und 3 Stunden Kommission — halte ich
nicht mehr für möglich. Aber immerhin könnte unsere Arbeitszeit
verlängert werden, wenn wir unser Redebedürfnis ein-
schränken und selbst für eine möglichst sachliche und rasche Er-
ledigung der Geschäfts-Sache sorgen würden. (Sehr richtig.)
Vielleicht würde unsere Arbeit auch erleichtert werden, wenn wir
in den Erörterungsräumen ein besseres Mittagessen
erhielten. Die freie Fahrt während der ganzen Dauer der Legis-
laturperiode ist ein alter Wunsch des Hauses, der früher auch
erfüllt war. Damals konnte sich der Abgeordnete im ganzen
Deutschen Reich informieren. Was würde es schaden, wenn er
einmal eine Erholungsreise auf Kosten des Reiches macht? Agi-
tationskreise werden durch die Einschränkung nicht gehindert. Und
das Ansehen des Reichstages leidet darunter, daß die Regierung
ihm gewisse Freiheiten die freie Fahrt nach Belieben gestatten kann.
(Sehr richtig.) Das ist kein gesunder Zustand. (Sehr richtig.)
Es wäre ein politischer Klugheit, wenn die Re-
gierung in diesem Punkte dem berechtigten Wunsch des Hauses
nachgibt. (Sehr richtig.) Eine besondere Kommission für Ar-
beiterangelegenheiten erscheint geschäftsmäßig zweifelhaft.
Die Resolution Behrens könnte daher am besten der Ge-
schäftsordnungskommission überwiesen werden.

Abg. Gröber (Zentr.):

Für den Antrag auf freie Fahrt treten wir am besten ein,
wenn wir uns jedes Wortes enthalten und ihn einfach annehmen.
Die Einführung von Tagesbesuchen anstatt der jetzigen Anwesen-
heitsgelder würde die belagerten lange Dauer der Tagungen
noch verlängern. Das Interesse an der parlamentarischen Ar-
beit nimmt ab. Man hält sie schon rein körperlich nicht aus. Ein-
mal in der Kommission, dann im Plenum dieselben Dinge mit
denselben Gründen anzuhören — das hält auf die Dauer kein
Mensch aus! (Sehr richtig.) Wir müssen vielleicht die Geschäfts-
ordnung ändern, daß nur eine einmalige Beratung ge-
wisser Gegenstände zugelassen wird. Wogegen alles erst ausführlich
in der Kommission besprochen, was wir hier doch behandeln
müssen? Und der schnelle Wechsel der Mitglieder in den Kom-
missionen. Sie sind der reine Laubenschlag! Und dann die
fürchterlichen Spezialisten, die das Gerede aller
Kommissionen sind! (Sehr richtig, sehr richtig.) Doch wir müssen
wissen, ob verlagert oder geschlossen wird, ist ein unwürdiger Zu-
stand. (Lebh. Zustimmung.) Die Vorlagen gehen uns verspätet
und zu verzögert zu. Neben den anderen wollen wir auch unserer
Bücherei-Beamten gedenken. Die Verhältnisse unserer Beamten
sind reformbedürftig.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.):

Vor der Einsetzung neuer besonderer Kommissionen möchte
ich dringend warnen. Es ist Schuld der Regierung, wenn die
Kommissionen nicht die Arbeit bewältigen können. Spezialisten
sind nun einmal notwendig. Das Geschäft durch Tagesbesuche
zu erledigen, heißt allerdings die Session verlängern. Das Diät-
gesetz kann geändert werden, indem statt der unnatürlichen Ein-
teilung nach Monaten, die ganze Session berechnet wird. Es ist
doch eine geradezu blödsinnige Bestimmung, daß ein Abgeordneter,
der hier krank liegt, keinen Pfennig Diäten
bekommt, selbst wenn er infolge der Ausübung des Mandats
krank geworden ist. (Weiterkeit. Vizepräsident Dr. Kaasche:
Wenn der Reichstag so beschaffen ist, so sollten Sie das nicht
blödsinnig nennen. Große anhaltende Weiterkeit.) Die Ein-
tragung in die Lohnliste, die Prämierung der Affor-
dation nach der Jahreszeit ist unwürdig. In der Frage der
freien Fahrt behandelt man uns wie Schuljungen. Mit dem
Geschäftsplan kann unmöglich so fortgewürfelt werden. Die
Verschiebung der Geschäfte ist vor allem die Schuld der Re-
gierung. Ganz planlos gehen aus ihre Vorlagen zu. Wir müssen
ernsthaft dagegen Front machen und die schuldige Rücksichtnahme
fordern.

Abg. Frommer (Konf.):

Der Einsetzung einer besonderen Kommission für Handel
und Gewerbe können wir zustimmen, dagegen haben wir gegen
eine solche für Arbeiterangelegenheiten Bedenken. In Sachen
der freien Fahrt sind meine Freunde geteilter Meinung.

Die Resolution Wasser- (Ratl.) eine besondere Kom-
mission für Handel und Gewerbe wird angenommen.

Ueber die Resolution Behrens, betr. Kommission für Ar-
beiterangelegenheiten wird im Hammerspruch abgestimmt.
Die Abstimmung ergibt 45 dafür und 112 Stimmen dagegen.
Das Haus ist also beschlußunfähig.

Präsident Dr. Kaempf:

Ich sehe die nächste Sitzung eine Viertelstunde später an.
Tagesordnung: Rest der heutigen. (Große Weiterkeit.)
Schluß nach 1 1/2 Uhr.

30. Sitzung vom Sonnabend, den 16. Mai.

Am Vundesratssitz: Delbrück, Kühn, Kraefke.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr.

Die Abstimmung über die Resolution Behrens wird
bis zur dritten Lesung zurückgestellt.Die Resolution Wasser- (Ratl.) über die Freifahrt-
karten wird gegen die Stimme des Abg. v. Veit (Konf.) an-
genommen.Damit ist der Etat des Reichstages erledigt. Debatte-
los wird der Etat des Reichsmilitärgerichts angenom-
men, ebenso ein Ergänzungsetat zum Marineetat
und zum Etat des Reichsschatzmeisters.

Beim Etat der Reichsschuld hofft

Abg. Zimmerman (Ratl.):

daß der Staatssekretär des Reichsschatzmeisters auch in Zukunft ein
kräftiges Regiment führen wird, wie er es versprochen hat.
Ueber den Weidbeitrag kann man verschieden denken —
aber ein gentiles Werk ist es jedenfalls gemein. Leider
haben die Kurse der Staatsanleihen immer noch sehr tief. Große
Verluste sind dabei verloren gegangen.

Damit ist dieser Etat erledigt. Debatte-los wird der Etat
des Rechnungshofs angenommen.Beim Etat des allgemeinen Pensionsfonds
bittet

Abg. Erzberger (Zentr.):

die Kriegsteilnehmer wohlwollender zu behandeln. Wünschens-
wert wäre, daß die amtliche Auskunftsstelle im Kriegsministerium
abgelehnt ist, die Einrichtung einer privaten Auskunfts-
stelle.

Generalmajor von Langermann:

Diese Anregung wird eingehend geprüft und eventuell durch-
geführt werden. Inzwischen wird die bestehende, verschärfte ein-
gerichtete Auskunftsstelle nicht ohne weiteres eingehen können, da
noch zahlreiche Anfragen pensionierter Offiziere vorliegen.

Der Etat ist damit erledigt.

Bei einer Ergänzung des Postetats erklärt auf eine
Bemerkung des Abg. v. Heidelberg (Ratl.) als Bericht-
erstatter Staatssekretär Kraefke, daß der Bundesrat der Umwand-
lung der nichtpensionsfähigen Zulagen für das
Bureau-Personal in pensionsfähige zugestimmt hat.

Vizepräsident Dr. Kaasche:

Nach dieser Erklärung schlage ich vor, die Beschlußfassung bis
zur dritten Lesung auszuschieben, da Umänderungen im
Etat erforderlich sind.
Das Haus stimmt zu.

Abg. Antrid (Soz.):

führt Klage über den Postdirektor des Braunschweiger Hauptpost-
amts und über zu lange Arbeitszeiten der Postträger in Braun-
schweig. Die sanitären Zustände in den Postämtern spotten
jeder Beschreibung. Während der Zeit fährt der postlich völlig
ahnungslose Oberpostdirektor in einem Automobil vergnügt in der
Welt umher.

Vizepräsident Dr. Kaasche:

Es ist nicht zulässig, Beamte, die sich hier nicht verteidigen
können, in einer derart maßlosen Weise anzugreifen.

Staatssekretär Kraefke:

Ich bedauere, daß der Abgeordnete auf Zuträgereien und
unbewiesenen Behauptungen Beamte, die ihre Pflicht tun, hier vor
dem Reichstag persönlich heranzieht. Die Absicht liegt tiefer. Es
soll ein Gegensatz zwischen den Beamten geschaffen werden. Bei
unsern tüchtigen Unterbeamten wird das aber nicht gelingen.

Nach weiterer Debatte wird die Ergänzung zum Reichspost-
etat erledigt, ebenso ohne Debatte einige früher ausgelegte Kapitel
des Etats der Reichseisenbahnen.

Etat der allgemeinen Finanzverwaltung.

Die konservative Resolution Weinböck, betr. die
vollständige Verwendung von Gewinnen aus Antrag Erz-
berger (Zentr.) bis nach endgültiger Entscheidung des gesamten
Etats zurückgestellt.

Abg. Meise (Ratl.):

Die deutsche Zuckerindustrie ist von einer ungeheuren
Katastrophe bedroht. Wäre in Rußland nicht ein riesiger
Frostschaden entstanden, so wäre sie im vorigen Jahre schon
bereits eingestürzt. Die deutsche Zuckerproduktion ist durch die un-
glückselige Brüsseler Konvention ins Hintertreffen
gekommen. Ueberall nimmt die Produktion an, im Auslande viel
stärker als bei uns. Wie man da so optimistisch urteilen kann,
wie der Staatssekretär, ist mir unverständlich. Seit 1902 sind
Dunderte von kleinen und mittleren Zuckerfabriken eingegangen.
Die Zuckerindustrie wird dem Schicksal der letzten Vorberückung
winden. Die Zuckerkonvention wird sich nicht halten können, da
die Motten das fahrende Schiff verlassen. Und der Kampf, den
man durch Abschluß der Zuckerkonvention vermeiden wollte, wird
nicht ausbleiben.

Schatzsekretär Kühn:

Ich bin um so mehr überrascht, hier als Feind der Zucker-
industrie hingestellt zu werden, als ich speziell für diese In-
dustrie ein ganz besonders warmes Interesse
habe. Was ich in den Jahren 1912 und 1913 in meinen Ent-
würfen über die Zuckerindustrie gesagt habe, war nur ein Ausdruck
meines Interesses für sie. Es ist mir auch nicht eingefallen, das
Ergebnis des Jahres 1912 mit dem von 1911 zu vergleichen. Ich
weiß sehr wohl, daß das Jahr 1911 ein überaus trauriges Ergebnis
hatte, während 1912 der Ertrag so günstig war wie nie zuvor
und wie in keinem andern Jahre. Ich habe in früheren Jahren
erklärt, und ich kann das nur wiederholen, daß die Stetigkeit
der Preise gerade für die nichtproduzierenden Rohfabrikanten und
Konsumenten von äußerster Bedeutung ist. Tatsächlich haben wir
durch unsere Gesetzgebung auch eine gewisse Stetigkeit der Preise
erreicht. Die Zuckerkonvention, über deren Bedeutung wir uns ja
ausführlich und wiederholt unterhalten haben, war eine Not-
wendigkeit nach außen und innen. Nach außen wegen
des bekannten Standpunktes, den England einnahm, und nach innen,
weil die Zustände geradezu unerträglich geworden waren. Darnach
war vor allem das Zuckerartell schuld, über das der Rohrer mit
vollem Recht nicht hat sprechen wollen. Dieser ungesunde Zustand
müßte abgeschafft werden und wäre abgeschafft worden, auch wenn
die Zuckerkonvention nicht zustande gekommen wäre. Bei der Kon-
vention haben wir im wesentlichen die Interessen der Industrie
selbst im Auge gehabt, denn unsere Industrie ist auf den englischen
Markt angewiesen, der ihr erhalten bleiben muß. Wie denkt sich
der Rohrer aber die Möglichkeit des Fortbestandes unserer
Zuckerindustrie, wenn ihr die Ausfuhr nach England abgeschnitten
wird?

Abg. Barm (Soz.):

England wird eine eigene Zuckerindustrie entwickeln, und es
bleibt uns nichts anderes übrig, als unsere Produktion
im Lande selbst zu verbrauchen. Das kann aber nur
geschehen, wenn wir durch Aufhebung der Zuckersteuer den Zucker
billiger und dadurch aus einem Luxusartikel ein Nahrungsmittel
machen. Die Zuckerindustrie ist auf Kosten der Steuerzahler groß-
gefüttert worden. Natürlich liegt der Weltmarkt des Auslan-
des. Aber die Preisermäßigung darf unter keinen Umständen
widerstehen. Doch wir he leugnen nicht, müssen wir Eng-
land danken. Auch der Schutz für Zucker muß schließlich be-
seitigt werden, wie alle Zölle auf Kosten des Konsumenten.
Auf dieselbe Weise ist die Spiritusindustrie künstlich gehoben
worden. Die Spirituszentrale nicht ihre tatsächliche Monopol-
stellung in unerhöhrter Weise aus. Gegen ihren Terrorismus ist
der angebliche Terrorismus der Gesellschaften der reine Waffens-
fabrik. Allerdings kommt zu dem Spiritus noch ein Ring
der Kartoffelproduzenten.

Abg. Koch (Vp.):

Die Zuckerindustrie hat tatsächlich schwere Zeiten. Doch war
die Aufrechterhaltung der Steuer nach der allgemeinen Finanz-
lage nötig. Der Wein ist durch das Zentrum plänyend ver-
treten, der Zucker nicht. Man sollte meinen, der Wein sei die
katholische Pflanze, die Zuckertrübe die evangelische. (Große
Weiterkeit.) Die Brüsseler Konvention war eine bittere Not-
wendigkeit. Die Prämien haben zu schweren Rückschlüssen geführt.
Wir brauchen Stetigkeit. Den Wettbewerb Rußlands brauchen
wir nicht zu fürchten, wohl aber den Ruß. Früher unter der
verklumpten spanischen Regierung (Weiterkeit) produzierte es
20 Millionen, jetzt 80 Millionen Tonnen. Das ist die Gefahr.

Abg. v. Weising (Reise)

begründet eine Entschließung, die Zuckerausfuhrbestimmungen
dahin zu ändern, daß die Menge des zur Vorratshaltung
abgeschlossenen Zuckers von 5 Kilogramm für jedes Vorratshand-
auf 10 Kilogramm erhöht wird.

Ein Regierungsvertreter

erklärt die Versuche für noch nicht abgeschlossen. Der Antrag
sich, wenn auch vielleicht in beschränktem Umfang, nach-
kommen, sobald ein brauchbares Vergleichsmittel gefunden ist.

Abg. Dr. Baasche (Ratl.):

Wir werden gewiß gern billige Preise haben, aber nach der
allgemeinen Finanzlage können wir eine Herabsetzung oder Ab-
schaffung der Zuckersteuer nicht in Erwägung ziehen. Im Jahre
1911 stieg der Preis infolge der schlechten Ernte um fast hundert
Prozent, der Konsum ist aber kaum zurückgegangen. Jetzt bei
fallenden Preisen ist er kaum wieder in die Höhe gegangen. So-
bald normale Preise vorhanden sind, haben die Verbraucher kein
besonderes Interesse an der Herabsetzung der Steuer. Deshalb
40 Millionen in unserem Etat ausfallen zu lassen, ist nicht gut
möglich. Mit einem wachsenden Wettbewerb Kubas und Porto-
ricos werden wir rechnen müssen. Gewiß hat kein Mensch eine
Freude daran, wenn die Zuckerindustrie zurückgeht. Aber aus
allgemeinen Gründen können wir die Steuer nicht abschaffen.

Abg. Dr. Arendt (Vp.):

Wir haben die Zuckersteuer aufrecht erhalten, weil wir in
einer Zwangslage waren. Wir müssen ihre Abschaffung oder
Ermäßigung im Auge behalten.

Abg. Areth (Konf.):

Wie soll der Ausfall an Einnahmen gedeckt werden? Der
Kartoffel- und Rübenbau hat den Wert der deutschen landwirt-
schaftlichen Produktion sehr gesteigert. Die Maßregeln der
Spirituszentrale sind vollkommen einwandfrei; sie sollen der
Produktion lediglich eine gewisse Stetigkeit verschaffen.

Abg. Siebenbürger (Konf.):

Die zollfreie Einfuhr von Meise hat zu schweren
Rückschlüssen geführt. Es wird in dieser sogenannten Meise viel
Reis eingeführt. Den Mühlen sollte durch eine Umsatzsteuer die

Schönheitsgefühl wieder verschafft werden. Viehhüter haben sich im Grunde selbst genug.

Ein Regierungsvertreter

erklärt, daß aus den beteiligten Kreisen keine Klagen über die Vollbehandlung der Meise eingelaufen sind, die zu einer Besserung Anlaß geben könnten.

Abg. Kögler (Sp.):

Durch die Erleichterung der Meiseinfuhr würden die mittlere und kleinen Landwirte schwer betroffen werden, wie denn überhaupt die Wünsche der Meise, wenn sie Gesetz würden, unseren Bauernstand schädigen müßten. Aus der Stellungnahme der Regierung schöpfe ich aber die Hoffnung, daß diese Wünsche nicht in Erfüllung gehen.

Abg. Rolfenbuhr (Soz.):

Unser Viehbestand ist zurückgegangen, wie behauptet wurde, weil es an Futter fehlt. Ich behaupte, Herr Siebenbürger, wir hätten überreichlich Viehfutter. Er soll uns diese Vorteile einmal nachweisen.

Abg. Kretz (Konf.):

Die Frage läßt sich vor einem ermüdeten und schwach besetzten Hause nicht erschöpfend behandeln. Es hat uns unangenehm berührt, wie diese wichtige Frage von dem Regierungsvertreter eben behandelt worden ist. Wir müssen daraus Befürchtungen für die bevorstehenden Handelsverhandlungen mit Rußland schöpfen.

Schaffsekretär Kühn:

Der Vortrager war mit der Erklärung des Regierungsvertreters nicht zufrieden. Es ist doch aber keine Rede davon, daß alles beim alten bleiben soll.

Abg. Siebenbürger (Konf.):

Ich verlange nur, daß das Polacken richtig ausgeführt und daß nicht unter dem Namen „Meise“ Weiz eingeführt wird.

Abg. Zimmermann (Natf.):

Der Goldvortrag der Reichsbank ist zu klein, wenigstens im Vergleich zu dem anderer Staaten.

Abg. Neuhans (Zentr.):

Die Bundesstaaten sollten besser entschädigt werden für die Ausgaben, die sie bei der Erhebung der Zölle und Verbrauchssteuern haben.

Schaffsekretär Kühn:

Die Entschädigung der Bundesstaaten ist deshalb so schwierig, weil es nicht leicht festzustellen ist, wie viel von der Arbeit der bestellten Beamten für das Reich und wieviel für den Bundesstaat geleistet wird. Eine Vorlage, in der diese Frage zur Regelung kommt, wird im Sommer fertiggestellt sein und voraussichtlich schon im nächsten Winter dem Reichstag zugehen. Die Eingehung der Brauntweinsteuer wird in derselben Vorlage geregelt werden.

Abg. Dr. Haas (Sp.):

Es ist erfreulich, daß der jetzige sehr unbequeme Zustand beseitigt werden soll. In Süddeutschland wird er hinsichtlich der Brauntweinsteuer unangenehmer empfunden als hinsichtlich der Zölle.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.):

Auch mit der angeforderten Vorlage wird keine völlige Zufriedenheit erzielt werden. Sie wäre nur möglich durch Einführung der Reichsversicherung, wie ich sie früher gewünscht habe. In Höhe macht sich der jetzige Zustand sehr unangenehm bemerkbar. Sind die Bestrebungen, die Ratifikationslagen zu verbessern, jetzt eingestellt?

Schaffsekretär Kühn:

Eine Anregung, auf Verbesserung der Ratifikationsbeiträge liegt zurzeit nicht vor. Die Möglichkeit, sie auf anderer Grundlage zu erheben, ist ja auch nur in Zukunft zu erwarten. Der Etat wird angenommen.

Das Staatsgesetz.

Abg. Graf Westarp (Konf.):

Begründet einen Antrag, wonach etwaige Ueberlässe des Jahres 1913 zur Schuldentilgung nur verwendet werden sollen, soweit nicht die Einnahmen aus dem Wehrbeitrag zur Deckung einmaliger und fortwährender Ausgaben aus den Jahren 1913 bis 1916 in größerem Umfang herangezogen werden müssen. „In der ursprünglichen Vorlage vorgesehen war.“

Schaffsekretär Kühn:

Die Beschlüsse des Reichstages zur Finanzierung der Wehrvorlage wollten, daß bis zu 1000 Millionen aus dem Wehrbeitrag entnommen werden könnten. Davon können wir ein Jahr später nicht abgeben. Wie sich die Sache praktisch stellt, läßt sich heute noch nicht sagen.

Abg. Grabberger (Zentr.):

Der Antrag ist praktisch undurchführbar.

Abg. Fiesching (Sp.):

Ich bin mit dem Vortrager in der Auffassung des Antrages durchaus einig. Er widerspricht unseren Beschlüssen zum Wehrbeitrag und würde unsere Finanzen in Unordnung bringen, die Schuldentilgung unterbrechen.

Abg. Graf Westarp (Konf.):

Der Antrag soll das Wehrbeitragsgesetz nur durchführen lassen, aber nicht abändern.

Schaffsekretär Kühn:

Der Antrag ist nicht klar. Wir streiten um eine Sache, die wenig praktischen Wert hat. (Sehr richtig!) Wir können die Finanzgrundlage, die wir im vorigen Jahre beschloßen haben, nicht umstoßen.

Abg. Graf Westarp (Konf.):

Mein Antrag hat allerdings den tiefsten Sinn, daß wir wahrhaftig mit einem Defizit werden rechnen müssen, und daß die Erträge des Wehrbeitrages aus keine Ueberlässe vorkäufen sollen.

Abg. Schiffer-Magdeburg (Natf.):

Die Tendenz des Antrages Westarp muß letzten Endes darauf hinaus, uns den Wehrbeitrag nachträglich zu vereiteln. (Unruhe rechts.)

Der Antrag Westarp wurde abgelehnt.

Das zweite Staatsgesetz ist damit erledigt.

Das Spionagegesetz wird angenommen.

Montag 12 Uhr: Besoldungsabwelle.

Der erste Gang in Stendal-Osterburg.

Die Ratf. Korr. schreibt:

Die Hauptwahl hat in Stendal-Osterburg das gezeitigt, was man erwartet hat: Stichwahl zwischen dem konservativen und dem nationalliberalen Bewerber. Es ist aber kein Geheimnis, daß die Konservativen sehr stark mit einer sofortigen Entsendung von Günstigen ihres Kandidaten gerechnet haben. Gegenüber der Hauptwahl von 1912 haben die Konservativen nach den bis zur Stunde vorliegenden Zahlen ihre Stimmengahl um etwa 1400 gesteigert, während die der Nationalliberalen um rund 1600 und die der Sozialdemokratie um rund 500 zurückgegangen sind. Diese Verschiebung hat natürlich einerseits den Vorsprung des konservativen Kandidaten vor dem nationalliberalen erheblich vergrößert, andererseits hätte nur wenig geholt, daß hat das Nationalliberalen der Sozialdemokrat in die engere Wahl mit dem konservativen gekommen wäre. In letzterem Falle wäre natürlich der konservativen das Mandat so gut wie sicher gewesen. Jetzt ist der Ausgang zu mindesten zweifelhaft. Die Entscheidung liegt bei der Sozialdemokratie. Trifft diese auf die Seite des Nationalliberalen, dann bleibt der konservative mit rund 1100 Stimmen hinter diesen beiden Parteien mit zusammen etwa 1400 Stimmen um 2100 Stimmen zurück, womit ein Sieg des Nationalliberalen gegeben wäre. Freilich kann hier nicht mit nackten Zahlen operiert werden, durch welche mancherlei Stimmungsmomente oft einen Stich machen. Andererseits muß auch in Betracht gezogen werden, daß noch Reservaten im Hintergrund stehen, die heranzukommen besonders die

Konservativen alle Anstrengungen machen werden. Sicherlich wird man aber auch auf nationalliberaler Seite hierzu seine Schuldigkeit tun, so daß eine Ueberfliegung des Konservativen durch den Nationalliberalen im zweiten Wahlgang erwartet werden darf.

Liegt schon in Bezug auf den Ausgang kein Grund zu irgend welchem Optimismus vor, so kann doch nicht verschwiegen werden, daß das Ergebnis der Hauptwahl für die Nationalliberalen ein glänzendes ist. Gegenüber 1912 sind rund 1600 Stimmen verloren gegangen, gegenüber 1907 etwa 600. Das ist bedenklich, wenn auch die Gründe dafür auf der Hand liegen. Einmal ist zu berücksichtigen, daß der Zuwachs von 1912 gegenüber 1907 um tausend Stimmen wohl auf die Erregung nach der Reichsfinanzreform von 1909 zurückzuführen war, und daß jetzt nach dem Abflauen jener Bewegung viele Wähler den Weg ins konservative Lager wieder zurückgefunden haben. Zum andern hatte der im Kreis eingefessene konservative Kandidat gegenüber dem gemäßigten als „Ausländer“ vertrieben nationalliberalen einen erheblichen Vorteil, drittens hat zweifellos auch wesentlich ins Gewicht, daß ernsthafte Krankheit den nationalliberalen Kandidaten daran hinderte, die Vorarbeit so zu betreiben, wie es gerade Herr Wachholtz die Werte von Dörzen gern getan hätte. Nun ist weiter bemerkenswert, daß der Stimmenertrag der Nationalliberalen nicht etwa auf dem Lande eingetreten ist, sondern in den Landstädten, sowie in der größten Stadt des Wahlkreises Stendal. Hier scheint er in erster Linie der Sozialdemokratie zugute gekommen zu sein, in den kleineren Städten dagegen in erster Linie den Konservativen. Zweifellos handelt es sich dabei um mittelständische Kreise, die sich offenbar durch Agitatoren vom Schlege des Wandwerkbündlers leicht einfangen lassen. Trotz aller Gegenanstrengungen der Konservativen haben sie aber die Stellung der Nationalliberalen auf dem Lande nicht zu erschüttern vermocht. Aber anscheinend ist auch kein Fortschritt erzielt, so daß nirgends der erstirnte Verlust auszugleichen war. Daran hinderte eben der ungeheure Terrorismus, auf den die Konservativen ihre ganze Agitation aufgebaut hatten. Von ihm haben wir in den letzten Tagen genugsam Proben gesehen, so daß wir heute darauf verzichten können. Wir können uns begnügen mit der Feststellung, daß es kein christliches Wesen der Woffen war, das sich in den letzten Wochen in diesem Kreise vor unsern Augen abgespielt hat. Leider ist aber auf absehbare Zeit nicht damit zu rechnen, daß in dieser Richtung ein Wandel eintritt. Deshalb bleibt nichts anderes übrig, als das Reg. der eigenen Aufgaben immer wieder zu vergrößern und die Organisation mehr und mehr auszubauen. Bieleicht ist in den letzten Jahren gerade in Stendal-Osterburg viel veräußert worden. Der Wahlausfall lehrt jedenfalls, daß vieles nachgeholt werden muß.

Stendal, 16. Mai. (Vorläufiges amtliches Wahlergebnis.) Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Magdeburg 2 erhielten: Hösch (Konf.) 1221 Stimmen, Wachholtz (Natf.) 7032 und Beims (Soz.) 6326 Stimmen. Es findet Stichwahl zwischen Hösch und Wachholtz die Werte statt.

Der Beleidigungsprozeß Grünwald-Winkler.

Gießen, 16. Mai.

Die wohl noch in aller Erinnerung, wurde am 6. Febr. d. J. die Privatklage Grünwald gegen Winkler und vier Genossen vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt. Der Klage lag folgender Tatbestand zu Grunde: In der Nummerierung vom 12. Dezember vor. Jahres hatte der Angeklagte Dr. Winkler davon geschrieben, daß der Kreisrat der Sozialdemokratie Vorstandsmitglied sei. In der Erwiderung hierauf hatte der Privatkläger Justizrat Grünwald, u. a. erklärt, Dr. Winkler sei nicht ernst zu nehmen, er, Grünwald, sei zwar als Anwalt und Politiker, nicht aber als Kabarettkünstler ausgebildet worden. Dr. W. besag diese Äußerung auf sich und quittierte mit der Bemerkung, daß er einen derartigen Angriff unter dem Schutze der Anonymität für einen Akt der Feindschaft halte. Er erwiderte hierauf, wenn Dr. W. diese Äußerung außerhalb dieses Saales wiederhole, werde er mit Tätlichkeiten antworten. Dr. W. hatte diese Bemerkung nicht gehört; als er später davon Kenntnis erhielt, hat er Amtsrichter Schneider von Bad-Nauheim, dem Privatkläger eine schwere Sabelforderung zu überbringen. Dieser lehnte das jedoch mit Rücksicht auf seine Stellung ab und ersetzte stattdessen eine vermittelnde Tätigkeit. Grünwald erklärte ihm, er könne seine Beleidigung nur zurücknehmen, wenn Dr. W. zugleich auch seinerseits die Beleidigung zurücknehme. Dr. W. ging hierauf nicht ein, sah sich deshalb nach einem anderen Kartellträger um, den er schließlich in der Person des cand. phil. Dr. Landen fand. Dieser wurde von Dr. W. nicht empfangen, angeblich aus zwei Gründen nicht, einmal weil er zu jung sei, und zweitens weil er, Dr. W., noch keine Kenntnis von dem Erlassenen des Urtrags an Amtsrichter Schneider habe. Dr. W. sah in diesem Verhalten eine Ablehnung seiner Forderung und unterbreitete die Sache der Öffentlichkeit, indem er an verschiedene Zeitungen Rheinlands und an den Offenener Anzeiger eine Darstellung des Sachverhalts sandte, worin sich am Schluß der Tat findet: Der Privatkläger habe somit bewiesen, wie recht er, Dr. W., gehabt habe, wenn er das Verhalten Dr. W. als Feindschaft bezeichnet habe.

In der Verhandlung vor dem Schwurgericht erhob Dr. W. Widerklage, weil der Privatkläger 1) in einer Besondere an die Anwaltskammer von der „Schauwieserischen, mit allerhand Wägen arbeitenden Art Winklers“ und von „Treisler“ gesprochen habe, 2) in einer Aufschrift an die „Landesfront“ davon gesprochen habe, Dr. W. habe ein drittes Mal von der Stellung der Forderung Abstand genommen und vorgeschlagen, ihn — den Privatkläger — durch die Zeitung zu beleidigen, 3) in Nr. 294 des Offenener Anzeigers gedruckt habe, Dr. W. sei nicht ernst zu nehmen, 4) in Nr. 295 dieses Blattes geschrieben habe, „daß ich dann außerhalb des Hauses mit Tätlichkeiten erwidern werde.“

Das Schöffengericht verurteilte Dr. W. zu 600 M. Geldstrafe wegen Beleidigung durch die Presse, sprach ihn aber wegen der in dem Brief an Rechtsanwalt Hill enthaltenen Beleidigung frei, weil er in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt habe. Justizrat Grünwald wurde zu 100 Mark Geldstrafe wegen der Beleidigung in der Besondere schrift an die Anwaltskammer verurteilt, im übrigen aber wegen Beleidigung freigesprochen. Ebenso wurden die Redakteure der 4 rheinischen Blätter freigesprochen, weil ihnen nicht nachgewiesen werden konnte, daß sie im Bewußtsein des beleidigenden Charakters des Artikels gehandelt hätten. Dr. W. sowohl wie Justizrat Gr. hatten Berufung eingelegt. Dieser begreift Freisprechung von der Widerklage, Berufung des Angeklagten, insofern er freigesprochen ist, und andere Regelung des Kostenpunktes, da durch die Widerklage keine Kosten entstanden seien. Dr. W. begreift Freisprechung und Berufung des Privatklägers wegen der Punkte 2-4 der Privatklage.

Nach zweitägigen Vergleichsverhandlungen, die zu keinem Ziele führten, trat man in die Verhandlung ein. Die Verurteilung über das schöffengerichtliche Verfahren nahm den ganzen Rest des Vormittags in Anspruch. Um 3 Uhr nachmittags wurde die Verhandlung wieder aufgenommen. Dr. W. stellte eine Reihe von Weisungen. Er wollte den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung führen, daß der Privatkläger feige gehandelt habe und stellte deshalb unter Beweis, daß der Privatkläger sich auch schon in früheren Fällen feig benommen habe, daß er wegen Nichtannahme einer Forderung als Respektlosigkeit mit schlichtem Abschied entlassen worden sei und daß aus diesem Grunde sein Körper sich von ihm losgeragt und ihm nicht mehr als fiktionalitätsfähig angesehen habe. Ferner hat er Beweis dafür an, daß Justizrat Gr. selbst früher einmal einen Studenten mit der Ueberbringung einer Forderung an einen älteren Herrn beauftragt habe, und daß er selbst den ungenügenden Variationskandidat, der sich wegen der Forderung „junger Student“ beileidigt gefühlt habe, empfangen habe. Justizrat Gr. stellte darauf unter Beweis, daß er sich in Überdachten in etwas habe zu schämen kommen lassen. Der Angeklagte hat das Material von einigen seiner ehemaligen Körperschüler jungeren erhalten, die einen unüberwindlichen Haß gegen ihn hegten, und Briefe, die Jahrzehnte lang zurücklagen, immer wieder aus dem Herkommen; daß sein Ehrenbild rein sei, habe die große Mehrheit

der Alten Herren anerkannt; wenn er vor Jahren sich einmal eines jungen Studenten zum Kartellträger bedient habe, so sei dies um deswillen geschehen, weil er niemand anders zur Verfügung gehabt habe; und den Kartellträger Landins habe er empfangen, ohne zu wissen, was er eigentlich wollte.

Nach längerer Beratung wurden sämtliche Weisungen abgelehnt, weil die Wahrheit der unter Beweis gestellten Tatsachen für die Frage, ob der Angeklagte berechtigt war, den Privatkläger den Vorwurf der Feindschaft und Satisfaktionsunfähigkeit zu machen, ohne Bedeutung seien, und weil, insofern diese Tatsachen als für die Strafsumme in Betracht kommend bezeichnet worden waren, angenommen wird, daß der Angeklagte von der Wahrheit der von ihm unter Beweis gestellten Tatsachen überzeugt war.

Alsdann wurde als einziger Zeuge Amtsrichter Schneider vernommen. Bei der Vernehmung stellte sich heraus, daß offenbar auf beiden Seiten Mißverständnisse vorgekommen sind, die als die Ursache zu dem mißlichen Verlauf der Dinge anzusehen sind. Donnerstag, den 19. Dezember 1912, verhandelte der Zeuge als Vermittler mit Justizrat Gr. Am Abend dieses Tages schrieb er einen Kartenbrief, den der Angeklagte nicht erhalten hat, wie er angibt; in diesem Briefe teilte er Dr. W. mit, daß Justizrat Gr. nur dann zu einer Zurücknahme der Beleidigung bereit wäre, wenn Dr. W. ebenfalls seine Beleidigung zurücknimmt. Samstag, den 21. Dezember, sandte er dann einen ausführlichen Bericht, der nach Angabe des Dr. W. erst einige Tage später in seine Hände gelangte, da er Sonntag früh auswärts sei. Der Zeuge befandete weiter, Dr. W. habe ihm dann mitgeteilt, daß er Justizrat Gr. eine Forderung habe überbringen lassen. Der Zeuge hielt damit seinen Auftrag für erledigt, machte aber Justizrat Gr. keine Mitteilung hieron. Der Zeuge mußte zugeben, daß Justizrat Gr. auf Grund der Verhandlungen mit ihm des Glaubens sein konnte, daß er noch weiter als Vermittler tätig sein werde. Wie sich dann aus einigen Briefen, die verlesen wurden, ergab, hatte der Angeklagte einen älteren Herrn mit der Ueberbringung der Forderung beauftragt, der sehr lange wartete, bis er in einem Brief an Dr. W. diesen Antrag ablehnte, so daß Dr. W. wohl der Ansicht sein konnte, als er Amtsrichter Schneider die Mitteilung zukommen ließ, jener ältere Herr habe seinen Auftrag bereits ausgeführt.

Nachdem nun verschiedene Zeitungen auf Antrag des Angeklagten vorgelesen worden waren, aus denen sich ergeben sollte, daß Dr. W. in bedrängter Lage gewesen sei und in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe, als er die beleidigenden Artikel geschrieben habe, wurde die Beweisabnahme um 7 Uhr geschlossen und die Verhandlung auf Montag 10 1/2 Uhr vertagt.

Gerichtssaal.

Marburg, 16. Mai. Die Strafkammer sprach heute zwei Studenten, die eine Bestimmungsmessur ausgelassen hatten mit der Begründung frei, daß nach dem heutigen Stand der Bundesbehandlung eine Schlägermessur nicht mehr als ein Zweikampf mit tödlichen Waffen zu betrachten sei.

Leipzig, 16. Mai. Der vereinigte 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts verhandelte heute vormittag gegen die wegen verachteter Spionage angeklagte Konsortistin Rosa Langheim. Nach kurzer Verhandlung wurde die Angeklagte wegen verachteter Verrats militärischer Geheimnisse nach § 1 des Spionagegesetzes zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Die aus Böhmen stammende 25 Jahre alte Konsortistin Langheim lebt seit ihrem sechsten Jahre in Deutschland. Im vorigen Jahre versuchte sie sich eine Zeichnung aller maßstabgetreuen Einrichtungen auf Kriegsschiffen, die sie für geheim hielt, während dies in Wirklichkeit nicht geheimhaltende Dinge waren, und brachte sie selbst nach Paris. Hier gab man ihr eine Liste über Dinge, die man zu erlangen wünschte. Sie setzte sich hierauf brieflich mit verschiedenen Persönlichkeiten in Verbindung, u. a. mit einem Reichsarbeiter. Durch Vermittlung der Polizei wurde ihr vom Reichsmarineamt Scheinmaterial geliefert, und als sie dieses in Köln erhalten hatte und nach Paris abfahren wollte, wurde sie verhaftet. Als Strafmildernd kam nur ihre Not in Betracht, als Straferhögend dagegen die Gemeingefährlichkeit ihres Treibens. Wenn die von Frankreich gemündeten Gegenstände geliefert worden wären, wäre dem deutschen Reich großer Schaden entstanden.

Luftschiffahrt.

Frankfurt a. M., 16. Mai. Heute vormittag gegen 1/11 Uhr wurde die vom Frankfurter Flugmodell-Verein anlässlich des Prinz-Heinrich-Fluges veranstaltete zweite Flugmodell-Ausstellung eröffnet. Stadtrat Dr. Levin hielt die Eröffnungsrede.

Mannheim, 16. Mai. Der Flieger Hellmuth Dirth ist heute vormittag 10 Uhr von Konstanz kommend, auf dem hiesigen Greizerplatz mit seinem Motorluftschiff gelandet. In seiner Begleitung befand sich der Inhaber des Weltrekords für Dauerflüge, Herr Lange. Dirth legte die Strecke Konstanz-Mannheim in zwei Stunden drei Minuten zurück.

Leipzig, 16. Mai. Das Militärluftschiff „J. 8“ ist heute früh 2 1/2 Uhr in einer Fahrt nach Trier aufgetrieben, wo es stationiert werden sollte. Das Luftschiff ist wegen ungünstigen Windverhältnisses aber unterwegs umgekehrt und kreuzt gegenwärtig wieder über Leipzig.

Salzbrunn, 16. Mai. Auf dem Flugplatz sind heute zwei Militärflieger, Leutnant Wiegand vom Infanterieregiment Nr. 122 und Oberleutnant Jellingner vom Pionierbataillon Nr. 3, die landen wollten, infolge Abgleitens aus 500 Meter Höhe abstürzt und waren sofort tot.

Braunschweig, 16. Mai. Das Militärluftschiff „J. 6“ ist heute morgen hier erschienen und nach Schleifenfahrten über der Stadt auf dem großen Greizerplatz glücklich gelandet. Zur Beilegung des Luftschiffes hatten sich gegen 1/9 Uhr das Herzogspaar in Begleitung des Flügeladjutanten Hauptmann v. Krone, ferner die Oberführer der beiden hiesigen Regimenter eingefunden. Das Herzogspaar bestieg den Luftkreuzer und unternahm einen Rundflug um die Stadt. Gegen 1/10 Uhr landete das Luftschiff wieder auf dem Greizerplatz. Der Herzog und die Herzogin unterhielten sich anlässlich mit dem Führer des Luftschiffes, Hauptmann Rasius, und erkundigten sich nach den Einrichtungen des Luftschiffes.

Friedrichshafen, 16. Mai. Das neue Militärluftschiff „J. 3“ unternahm heute früh 6 Uhr eine dreieinhalbstündige Höhenfahrt und erreichte dabei eine Höhe von 3125 Metern. Das ist die größte bisher von einem Luftschiff erreichte Höhe. Die Befahrung betrug einschließlich der Marinenaufnahme 17 Personen.

Venedig, 16. Mai. Als gestern morgen zwei Offizierflieger in einem Wasserflugzeug einen Flug unternahmen, geriet der Apparat in einer Höhe von 300 Metern in Brand. Um eine Explosion des Benzinbehälters zu verhindern, gingen die Flieger rasch auf die Meeresoberfläche nieder, wo sie sich schwimmend retten konnten. Der Apparat wurde vollständig zerstört.

Märkte.

a. Nieder-Ingelheim, 17. Mai. Obstmarkt. Spatgel 1. Sorte 67—70 Pf., 2. Sorte 40—45 Pf. der Zentner.

Wir laden alle Besucher Bremens höflichst ein, unsere Fabrikanlagen, die infolge ihrer Originalität und der Vollkommenheit ihrer technischen und hygienischen Einrichtungen eine Sehenwürdigkeit Bremens sind, zu besichtigen und sich die Verarbeitung des koffeinfreien Kaffees Aug zu lassen.

Reichs-Handels-Aktiengesellschaft.